

Die Oligarchen kommen

© Martin Bangemann

Wie spät ist der Kapitalismus?

Günther Moewes

2004 habe ich in meinem Buch „Geld oder Leben“ zweierlei darzustellen versucht: Wie und warum ein Finanzcrash unausweichlich war und weiter ist. Und warum der Spätkapitalismus ebenso unausweichlich in eine Plutokratie, eine Oligarchenherrschaft münden muss, und diese wiederum in die Mafia. Damals wurde das als Schwarzmalerei und „Kulturpessimismus“ belächelt oder ignoriert. Inzwischen hat die Realität meine Voraussagen weit überholt.

Inzwischen besitzen die weltweit 85 reichsten Oligarchen so viel wie die halbe Menschheit und 1% der Menschheit (70 Mio.) besitzt die Hälfte des Weltvermögens. Sogenannte „OECD-Experten“ glauben zwar, in Deutschland seien die Verhältnisse günstiger, weil die einkommensstärksten 10% der Bevölkerung nur 6,7 mal so viel verdienen wie die einkommensschwächsten 10% (OECD-Durchschnitt 9,5 mal so viel). Aber das ist aus zwei Gründen falsch: Erstens wird die Ungleichverteilung nicht von den Einkommen bestimmt, sondern von den Vermögen. Und zweitens spielt sich die Ungleichverteilung nicht zwischen den oberen und unteren 10 Prozent ab, sondern zwischen den obersten 1 Promille der Oligarchen und den übrigen 99,9% der Bevölkerung. Die Vermögen dieser 1 Promille haben sich seit etwa 1980 real verdoppelt. Und der US-Verteilungsforscher Paul Krugman schätzt, dass in den USA bereits ein Drittel der 50 größten Vermögen nicht erarbeitet, sondern ererbt wurde und das zweite Drittel in den nächsten 20 Jahren vererbt werden wird.^[1] Ausführlich wurde die weltweite Ungleichverteilung von mir in der Ausgabe 2-2014 der „Humanen Wirtschaft“ dargestellt. Am gleichen Tag, als diese Ausgabe erschien, wurde auch die neueste Vermögensuntersuchung des DIW veröffentlicht. Sie zeigt, dass meine

Zahlen über Armut und Reichtum noch zu niedrig gegriffen waren.

Inzwischen beschränken sich die Oligarchen nicht mehr darauf, im Geheimen auf den Finanzmärkten zu operieren und ihre meist leistungslos erwirtschafteten privaten Milliarden diskret zu genießen. Sie beschränken sich auch nicht mehr darauf, ihre Direktiven in Davos, auf der Münchner Sicherheitskonferenz, über Troikas, Stiftungen und Thinktanks unmissverständlich an die Politik weiterzugeben. Oder in Caracas, Bangkok Kairo, Tunis oder Kiew die angeblichen Mittelschichtrevolten gegen gewählte Regierungen anzuzetteln. Mehr und mehr steigen die Oligarchen, wie in den USA, Italien, Österreich oder jetzt in der Ukraine und der Slowakei ganz persönlich in die Politik ein. In Saudi-Arabien, den Emiraten und Brunei war das ja schon immer so. Die West-Oligarchen und ihre Hausmedien versuchen

auch, die Ost-Oligarchen (oder, wie DER SPIEGEL schrieb: „die russische Finanzelite“) gegen den „unbequemen Putin“ aufzuwiegeln, offensichtlich koordiniert, wie das plötzliche, zeitgleiche Auftauchen neuer Begriffsbildungen zeigt („Russlandverstehler“, „Putinverstehler“). Westliche Medien beschränken den Begriff „Oligarchen“ auch gern auf Ostmilliardäre. Nachdem diese in der Ukraine ungewählt als „kommissarische“ Provinzfürsten eingesetzt wurden, machte ihnen der deutsche Außenminister flugs seine Aufwartung.

Durch Edward Snowden ist bekannt geworden, wie weit uns die US-Oligarchen mit ihrer NSA bereits unter Kontrolle haben. Was allerdings auf die beflesene Oligarchen-Unterwürfigkeit unserer ausgespähten Politiker kaum Einfluss hat. Weil sie sowieso immer ehrlich sind und deshalb doch nichts zu befürchten haben. Über Telefon und Internet hinaus

Definitionen

Oligarch: „Wirtschaftsmagnat oder Tycoon, der durch seinen Reichtum über ein Land oder eine Region weitgehende informelle Macht ausübt“ (*wikipedia*).

Oligarchie: „bei Platon...die gesetzlose Herrschaft der Reichen, die nur an ihrem Eigennutz interessiert sind“ (*wikipedia*). „...in der griechischen Staatstheorie als Verfallsform der Aristokratie beschrieben“ (*Meyers Taschenlexikon, Weltbild-Taschenlexikon*) (Wikipedia zählt unter „Oligarchie / Begriffsverwendung in der Gegenwart“ neben „Großaktionären, Industriemanagern, Presseazaren“ auch „Spitzenfunktionäre der Parteien, leitende Beamte, hohe Militärs, führende Gewerkschaftsfunktionäre“ als „Oligarchen“ auf. Das trifft vielleicht für Ägypten, Thailand oder die Ukraine zu, für Nordeuropa wohl noch nicht).

Plutokratie: „kann sich auch bei formeller Rechtsgleichheit aller aus dem tatsächlichen Machteinfluss der Reichen ergeben, besonders wenn das Finanzkapital einen beherrschenden politischen Einfluss durch Monopolstellungen, Herrschaft über die Medien oder Beeinflussung der Parteien ausübt“ (*dtv-Lexikon 1966*, Zitiert 2004 in Verf.: „Geld oder Leben“, S.11).

Tycoon: „Großindustrieller, Magnat oder Mogul“ (*wikipedia*).

Magnat: urspr. „Angehöriger des Adels oder Hochadels“ (*wikipedia*).

Refeudalisierung: von Jürgen Habermas geprägter Begriff für Tendenzen im Spätkapitalismus

Oligarchen: „Superreiche mit einem Vermögen ab etwa 300 Mio. Dollar, die dieses Vermögen weniger durch gesellschaftsdienliche Arbeit, als vielmehr durch leistungslosen Kapitaleinsatz, Renditen, Mehrwert, Erbschaft, Spekulation, Verbriefungen, Hedgefonds oder andere ‚moderne Finanzkonstruktionen‘ erworben haben, und es über private Parteispenden, Thinktanks, Medien, Stiftungen, Lobbyisten usw. zur politischen Einflussnahme im Eigeninteresse nutzen“ (*Definition d. Verf.*)

Oligarchenhelfer: „alle Politiker, die nichts gegen den leistungslosen exponentiellen Anstieg der privaten Oligarchenvermögen unternehmen wollen“ (*Definition d. Verf.*)

1 New York Times, 4. 4. 2014

versuchen die deutschen Mediengiganten nach und nach unsere gesamten Medien unter ihre Kontrolle zu bringen. Peter Scholl-Latour spricht mit Recht von einer „Massenverblödung“ der Medien. Dass sie so ganz nebenbei in Deutschland mittlerweile fast die gesamte frühere SPD-Presse der Frau Daniel-Wettigmeier durch ihre Pressezeitschriften liquidiert haben, scheint der SPD noch gar nicht aufgefallen zu sein: Westfälische Rundschau und WAZ werden inzwischen von der konservativen Familie Funke und die Lokalteile in Dortmund vom ebenso konservativen Verleger Lensing-Wolff herausgebracht, der in Münster mal seine gesamte Redaktion rausgeschmissen hat. Die Frankfurter Rundschau gehört nach Herrn Neven-Dumont jetzt der FAZ. Und in den SPIEGEL, Augsteins früheres „Sturmgeschütz der Demokratie“, haben sie gar direkt jemanden aus dem Ur-Oligarchen-Verlag Springer als Redakteur eingeschleust – gegen den Willen der Eigentümer-Versammlung.

„Wenn die Leser schnarchen, komm'n die Oligarchen.“



In den USA kaufen die Oligarchen systematisch sowohl Spitzenzeitungen als auch kränkelnde Lokalblätter zu Billigpreisen auf. Amazon-Gründer Jeff Bezos hat die „Washington Post“ gekauft, Tea-Party Finanzierer Charles Koch kauft Zeitungen und Warren Buffet hat schon über 70 erworben, angeblich aus Liebe zum Journalismus. Denn die meisten Oligarchen sind ja heimliche Philanthropen, die ihre Milliarden in uneigennützte Stiftungen einbringen. Dass dieses Geld zuerst der Bevölkerung durch überbezahlte Produkte oder Finanzwerten entzogen wurde und dann der parlamentarischen Kontrolle durch private Stiftungen, wird als Uneigennützigkeit ausgelegt. Oligarchenbillionen sind eben etwas durch und durch Anständiges. Im Gegensatz etwa zu Mindestlöhnen für Praktikanten oder Altersvorsorgungen von Piloten.

Eine wichtige Rolle bei dieser Medienoffensive spielen auch die inflationären Diskussions- und „Meinungs-Sendungen“ im Fernsehen mit den immer gleichen Oligarchenfreunden. Und mit Sarah Wagenknecht als „Quoten-Sozial-Alibi“. Ziel: Das Interesse der Medien- und Erregungsdemokratie von den privaten Oligarchen-Billionen ab auf Nebensächlichkeiten hinlenken:

Maut, Hoeneß-Zelle, Auto-Ranking, kanadische Kinderfotos, „Protzbischöfe“ und die 650-Oligarchen-Euro für Herrn Wulff. Es soll uns vorgeführt werden, wie schwierig und undurchschaubar diese wirklich großen Politikthemen nun einmal seien. Und dass die Beschäftigung mit Kleintemen wie Oligarchenmilliarden, Ungleichverteilung und Arbeitslosigkeit nicht lohne, weil sowieso nichts dagegen zu machen sei.

So ganz richtig funktioniert diese von den Mediengiganten organisierte Medienverblödung allerdings noch nicht. Winfried Münkler wies in der ZEIT mit Recht auf die gefährlichen Parallelen zwischen Ukraine und 1914 hin: Beides Mal Imperien-Zerfall und Einkreisungsängste eines Vielvölkerstaates. Anders als 1914 folgen die westlichen Bevölkerungen ihren Politikern heute jedoch nicht mit der johlenden Selbstmordbegeisterung von damals. Im Gegenteil: sie sind inzwischen intelligenter: 54% meinen, man sollte den Anschluss der Krim an Russland akzeptieren. Nur 38% sind dagegen (SZ und Focus Anfang März 2014). Und gar 60% halten die bisherigen Mini-Reaktionen des Westens für angemessen, nicht für übertrieben und auch nicht für lächerlich. Wie auch schon über 60% gegen die Beteiligung am inzwischen verlorenen Afghanistan-Krieg und die Rente mit 67 waren. Das sollte allerdings nicht zu dem allzu optimistischen Trugschluss verleiten, dass die Oligarchenhelfer bis in alle Ewigkeit mit diesem Dilettantismus weitermachen werden.

Wie ticken Oligarchen überhaupt?



Haben sie eine langfristige Strategie? Halten sie ihre zumeist leistungslos erwirtschafteten Billionen für den gerechten Lohn ihrer uneigennütigen Leistung als Weltenlenker? Verabreden sie ihre nächsten Schachzüge bei „Arbeitsessen“, Dinnerparties oder auf nächtlichen Luxusgelagen wie im alten Rom? Stecken sie Friede Springer oder Liz Mohn heimlich kleine Zettel zu? Sind sie von Gier, Armenhass oder bösem Willen getrieben, oder haben sie das gar nicht nötig? 2012 war der Titel meiner kleinen Schrift über die Ursachen der Finanzkrise noch als Frage formuliert: „Dilettantismus oder Komplizenschaft?“ Inzwischen kann man das Fragezeichen getrost weglassen.

Im Wesentlichen lassen sich die folgenden großen Linien in den Zielen und Strategien der Oligarchen erkennen:

- Zurückdrängen demokratisch gewählter oder legitimer Einflussssysteme
- Inpflichtnahme gewählter Politikvertreter durch Parteispenden oder durch „uneigennütige Hilfe“ von Lobbyisten bei der Ausformulierung von Gesetzesentwürfen
- Unumkehrbarkeit ihrer Einflussicherung durch private Geheimverträge, privat finanzierte oder organisierte supranationale Tagungen, Thinktanks, Drittmittelforschungen, Stiftungen und Schiedsgerichte
- unumkehrbares Abwälzen von Kapital-, Anleger- und Haftungsrisiken auf die möglichst unbeteiligten Bevölkerungen (Beispiel „Rettungsschirme“, TTIP)
- mediale Volksverdummung, Sprachtäuschung („Freihandelsabkommen“, „Reform“, „Arbeitsmarkt“, „Verringerung der Neuverschuldung“)
- Ablenkung von anstehenden, gravierenden und real existierenden Problemen durch Nebensächlichkeiten, Boulevard- und „Yellow-Press-Medien“, Scheindiskussionen und -auseinandersetzungen und mediale Räuberpistolen auf Mittel- und Unterschichtenebene
- Scheinkompensation von beruflicher Erfolglosigkeit und sozialen Auseinandersetzungen durch Unterwürfigkeitsbelobigungen, sowie Suggestion und Unterstützung von Erfolgsmustern („politikfreie Betriebsloyalität“, Ehrenamt, Vereinstreue, Lokal- und Nationalstolz, Treue zu Siegerparteien usw.)
- Gewöhnung an das Auseinanderklaffen von finanzieller Verteilung und tatsächlichen Leistungsunterschieden.

Die Ideologie vom „schlanken Staat“ und von der grenzenlosen Privatisierung kommt diesen Zielen und Strategien der Oligarchen natürlich entgegen. Vor allem müssen sie verhindern, dass die Bevölkerung die ganze Dimension der privaten Vermögen wirklich begreift, die sie in den letzten 30 bis 50 Jahren weltweit und vielfach leistungslos auf die Seite gebracht haben. Sie müssen verhindern, dass sie erkennen, in welchem Verhältnis diese Billionen zu den sozialpolitischen Minischritten stehen, mit denen sich die Regierungen gern schmücken und die in unserer Erregungsgesellschaft dann tagtäglich so heiß diskutiert



werden. Z. B. 170 Mrd. für die „Rentengeschenke“ in den nächsten 20 Jahren. In dieser Zeit werden die Oligarchen lachend und unbehelligt ein Vielfaches davon auf ihren privaten Konten neu ansammeln. Obwohl man das alles auf einem Briefcouvert ausrechnen könnte, dürfen die Bevölkerungen auf keinen Fall erkennen, wie viele Jahrzehnte lang man von diesen Abermilliarden Mindestlöhne für Alle, die Rente mit 60, den Steuerbonus für Handwerkerleistungen oder ein bedingungsloses Grundeinkommen mühelos hätte finanzieren können.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen^[2]

Seit kurzem gibt es ein Beispiel, an dem man die Strategie der Oligarchen und ihrer Helfershelfer sehr schön verdeutlichen kann: das geplante atlantische „Freihandelsabkommen“, kurz TTIP. Man nehme einen positiv klingenden Titel, der mit den geplanten Regelungen möglichst wenig zu tun hat. Denn mit „Handel“ hat das TTIP allenfalls am Rande zu tun, und mit „frei“ schon gar nichts. Dann lasse man

- von nicht gewählten Lobbyisten (wie bisher schon bei Gesetzentwürfen üblich) einen geheimen Entwurf anfertigen und den wiederum von nicht gewählten Kommissionen geheim verhandeln. Darin plane man geheime, private, nicht gewählte, internationale Schiedsgerichte, vor denen nicht gewählte Konzernchefs im Auftrage nicht gewählter Anleger gegen die Gesetze gewählter Parlamentarier auf Ersatz eines „zu erwartenden“ (nicht etwa „entstandenen“) Schadens klagen können.

Das Ganze muss auf jeden Fall auf ewig unumkehrbar sein, damit z. B. es nie wieder durch irgendwelche gewählten Parlamente nach unvorhergesehenen Ereignissen (wie Tschernobyl oder Fukushima) oder Erkenntnissen (wie Artensterben oder Klimawandel) demokratisch revidiert werden kann. Und damit gefälligst nie wieder gewählter Parlamentarier die zu erwartenden, leistungslos erzielten Gewinne nicht gewählter Oligarchen und Anleger bedrohen können. Wie macht man so etwas unumkehrbar? Nun, das ist im Kapitalismus furchtbar einfach, weil hier privat

geschlossene Verträge grundsätzlich nicht durch Parlamentsentscheidungen außer Kraft gesetzt werden können. Und weil die Heerscharen der erforderlichen privaten Anwälte in jedem Fall am Ende von den überhaupt nicht gefragten Wählern bezahlt werden müssen: Vom Steuerzahler, wenn der Staat verliert. Und über den Preis, wenn der private Konzern verliert. Oligarchen und Anleger müssen dagegen auf keinen Fall zahlen. Wie schon bei den sogenannten „Rettungsschirmen“. Ungenierter kann man die Ausschaltung demokratischer Standards und Strukturen nicht betreiben.

Aber auch dabei lassen es die Oligarchen noch nicht bewenden. Der – wie üblich – nicht vom Volk gewählten Brüsseler Kommissar de Gucht möchte gar, dass die arme europäische Normalbevölkerung zur besseren atlantischen Einheitlichkeit und zur besseren Unterscheidung von den Oligarchen genau das gleiche Hormonfleisch und die gleichen Chlorhähnchen essen muss wie die arme Normalbevölkerung in den USA.

Und schließlich beeilt sich auch der Oberste Gerichtshof der USA, dem Oligarchenstaat gerecht zu werden. Anfang April 2014 hat er die Höchstgrenzen für Wahlkampfspenden aufgehoben. Begründung: Die bisherige Grenze von 123.000 Dollar pro Einzelperson schränke die Meinungsfreiheit ein (kein Scherz, sondern Pressemeldung v. 3. 4. 2014). Sind doch die meisten obersten Richter noch in der Ära der Bush-Family berufen worden. Gemeint haben können sie offenbar nur die Meinungsfreiheit der Oligarchen. Z. B. die der beiden Oligarchenbrüder Charles und David Koch, die neben anderen Oligarchen mit ihren ererbten Milliarden die Tea Party finanzieren, sowie zahlreiche rechte Thinktanks, wie die „Heritage Foundation“, den „Club of Growth“ und „Generation Opportunity“. Deren Funktion u. a.: Abgeordnete unter Druck setzen, den Zugschnitt der Wahlkreise zugunsten der Konservativen beeinflussen, junge Menschen von Obamacare und Kongressabgeordnete von der Verabschiedung des Staatshaushalts abhalten. Andere Oligarchen finanzieren private Krebskliniken, die nur Wohlhabendere aufnehmen und sich dann mit einer höheren Überlebensrate brüsten.^[3] Generell gilt: Oligar-

chen und ihre Politvertreter sind äußerst großzügig gegenüber ihren Milliarden und Wahlkampfspenden, aber äußerst kleinlich gegenüber Kleinbeträgen für die Bevölkerung. Beispiel: Ausgerechnet die Hauptverursacher der Arbeitslosigkeit wollen um jeden Preis verhindern, dass arbeitslose Zeiten auf die Rente angerechnet werden. „Wirtschaftsflügel“ nennt man solche Lobbys, „Arbeitnehmerflügel“ die Gegenseite. Rentner- und Arbeitslosenflügel gibt es nicht.

Böser Wille oder Automatismus?

Ist der Marsch in die Plutokratie also böser Wille der Oligarchen oder ist er ein unaufhaltsames Naturgesetz? Es ist heute vielfach üblich geworden, die Ursache von steigender Ungleichverteilung und Finanzkrise in der Unersättlichkeit und Gier von Akteuren zu suchen, von Reichen, Konzernherren, Spekulanten und Finanzmarktjongleuren. Es ist ein Grundmuster menschlichen Denkens, Ursachen von ungeliebten Entwicklungen bei sogenannten „Bösen“ zu suchen. „Wo Gier und Maßlosigkeit propagiert und praktiziert werden, zersetzt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt mit fatalen Folgen für die schwächsten Glieder“, schrieben 2014 die Bischöfe beider Kirchen in ihrem Grundsatzpapier „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“. Wie die Vertreter dieser Gier wirksam zur genannten Verantwortung gezogen werden können, schrieben sie allerdings nicht. Es handelt sich hierbei um subjektivistische, psychologisierende Deutungen von Ökonomie, wie sie für Religionen und für den sogenannten „Philosophischen Idealismus“ typisch sind.^[4] Solche subjektivistischen Deutungen münden in der Regel in Ermahnungen und Maßhalteappellen, deren Ergebnislosigkeit in der Geschichte besichtigt werden kann. Dieser „Philosophische Idealismus“ schmeichelt natürlich dem Selbstverständnis der Oligarchen, weil ihm zufolge die Geschichte von „großen Männern“ gemacht wird und nicht von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten.

Da führt es schon erheblich weiter, wenn man die Ursachen der Ungleichverteilung in den Interessen und Motiven sucht, die der geschichtlichen The-

2 Englisch: „TTIP“ (Transatlantic Trade and Investment Partnership) oder auch „TAFTA“ (Trans-Atlantic Free Trade Agreement)

3 Ausführl.: Heike Buchter: „Ein Land im Würgegriff“, DIE ZEIT, 10. 10. 2013

4 „Idealismus“ bedeutet im Volksmund Uneigennützigkeit, im Philosophischen Idealismus dagegen extreme Ich-Bezogenheit.

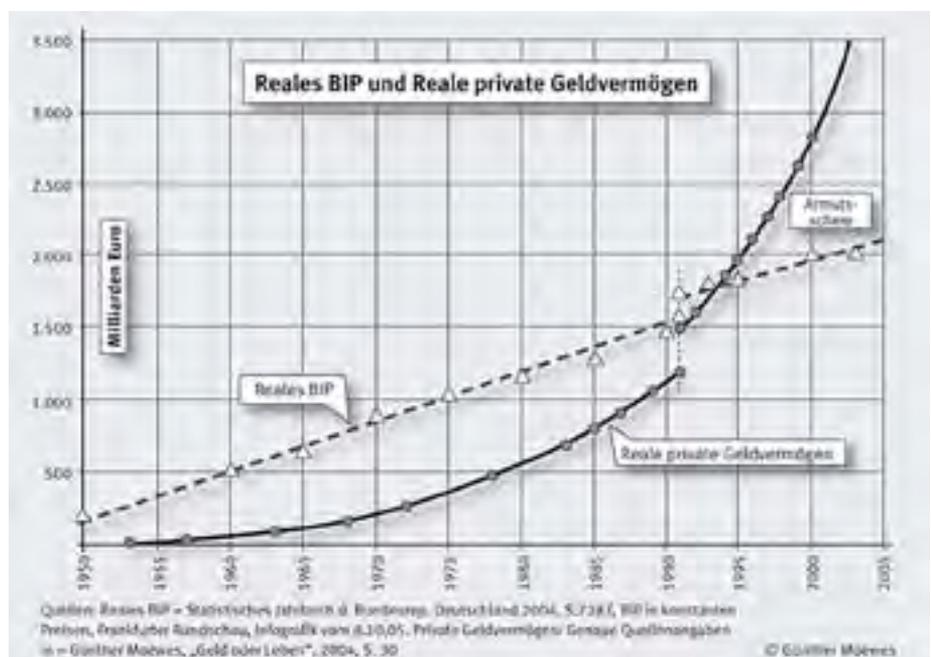
orientierung zugrunde liegen: In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts begann ein Generalangriff auf die Arbeitswerttheorie und das Alleinstellungsmerkmal der Arbeit als einzige Wertschöpfungsquelle. Die Abschöpfer von der Kapitaleseite wollten endlich auch einmal als Wertschöpfer gelten. Zuerst entstanden Theorien, in denen die Reichen nicht die Arbeit, sondern sich selbst zur Quelle des Wohlstands erklärten, zum Zentrum und Primärmotor der Wirtschaft, ohne den die Bevölkerungsmehrheit keine Arbeit und keine Existenzmöglichkeit hätte. Im Grunde war das die alte Stammtischparole, wonach die Arbeiter ohne Unternehmer nichts zu arbeiten hätten, die Unternehmer aber ohne Arbeiter sehr wohl immer etwas zu unternehmen. Daraus entwickelten sich so obskure Konstruktionen wie die „Trickle-Down-Theorie“, wonach die Starken den Schwachen nichts abgeben müssten, weil für die ohnehin genug „heruntertropfe“. Diese anfänglichen, extrem oberflächlichen Vulgärtheorien, deren Interesse und Motivation allzu durchschaubar waren, versuchte man in den siebziger Jahren dann zu verfeinern. So entstand z. B. die sogenannte „Grenznutzentheorie“. Sie ging von einem sogenannten „klassischen Wertparadoxon“ aus, wonach sich Nutzen, Wert und Preis eines Gutes extrem unterscheiden können. Wasser habe zum Beispiel trotz seines hohen Nutzens („Gebrauchswertes“) einen sehr geringen Preis („Tauschwert“), ein Diamant dagegen trotz seines verhältnismäßig geringen Nutzens einen extrem hohen. Darauf baute man eine „subjektive Wertlehre“ auf, wonach der Wert eines Gutes nicht aus der objektiv eingesetzten Arbeit entstehe, sondern erst subjektiv im Tauschprozess am Markt. Und wonach er von kleinsten („marginalen“) betriebswirtschaftlichen Faktoren abhängig sei, wie z. B. subjektive Einschätzung, Einsatz- und Konsummengen usw. Neben dem Faktor Arbeit falle deshalb auch den Faktoren Kapital und Boden ein eigener Wertschöpfungsbeitrag zu, so dass am Ende das Kapital als Wertschöpfungsfaktor gleichberechtigt neben der Arbeit stünde. Wieder stand das Interesse im Vordergrund, objektive Fakten in den Bereich des Subjektiven zu verschieben, Arbeit ab-, Kapital dagegen mit aller Gewalt aufzuwerten. Später sollte dann der Deutsche-Bank-Chef Ackermann im Düsseldorfer Mannesmannprozess den Verkauf von Man-

nesmann an Vodafone tatsächlich nicht als Abschöpfungsvorgang, sondern als einen der größten Wertschöpfungsvorgänge der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnen.

Der Hauptangriff auf die Alleinstellung der Arbeit als Wertschöpfungsquelle erfolgte dann 1975 durch Milton Friedmann und sein Buch „Kapitalismus und Freiheit“. Da der sogenannte „Liberalismus“ bis heute nicht begriffen hat, dass „Wirtschaftsfreiheit“ und „Manchestertum“ nicht ohne weiteres mit „Bevölkerungsfreiheit“ gleichzusetzen sind, nannte man diese neue Oberschichtentheorie „Neoliberalismus“. Auf ihm bauten dann bekanntlich Reagan und Thatcher auf. „Der Klassenkampf ist wieder unterwegs, dieses Mal mit den Plutokraten als Angreifern“, konstatierte Paul Krugmann 2014. Und Warren Buffet räsonierte: „Es

Ist die Ungleichverteilung ein subjektiver Willensakt, Ergebnis eines internationalen Komplotts von ein paar Plutokraten?

Eine solche Vorstellung wäre verhängnisvoll. Sie vernachlässigt die wichtigste materielle und mathematische Komponente kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung. Und das ist die unwiderlegbare mathematische Auseinanderentwicklung von realem Sozialprodukt und realen privaten Geldvermögen. Die realen privaten Geldvermögen steigen nun einmal exponentiell, während das reale Sozialprodukt nur linear ansteigt. Das ist „Das Grundproblem des Kapitalismus“^[5]. Diese beiden mathematisch so ungleichen Kurven sind die „Schicksalskurven reifer Industriegesellschaften“ (s. Abb. „Reales BIP und Reale private Geldvermögen“). Sie sind



herrscht Klassenkampf. Meine Klasse gewinnt. Aber das sollte sie nicht.“ Für die politische Skrupellosigkeit der Neoliberalen mag auch die Tatsache stehen, dass sie sich nicht scheuten, mit Chiles Pinochet zu paktieren.

Tatsächlich nahm die Ungleichverteilung seit dem Siegeszug des Neoliberalismus Ausmaße an, wie wir sie zuletzt vor dem ersten Weltkrieg hatten. Sowohl national als auch international. Folgt also die Realwirtschaft tatsächlich einer Ideologie? Sind die Oligarchen und ihre „Ökonomie- und Politikmarionetten“ tatsächlich Herren über Verteilung und Ausmaß von Reichtum und Armut?

die eigentliche Ursache der ungebremst ansteigenden Ungleichverteilung. Sie sind nicht von Oligarchen, Ökonomen oder Politikern willentlich gemacht. Sie werden aber von den Oligarchen hohnlachend genutzt und von Politikern fahrlässig oder absichtsvoll ignoriert. Die Auseinanderentwicklung dieser „Schicksalskurven“ ist primär, dauerhaft und unwiderlegbar. Und es ist relativ unerheblich und sekundär, von welchen Faktoren diese exponentielle Entwicklung der privaten Vermögen ausgelöst wird, von Zinseszins, Mehrwert, anderen Renditeformen oder von „modernen“ Finanzkonstruktionen. Gerade die Finanzkrise hat ja ge-

5 Aufsatztitel des Verfassers in HUMANE WIRTSCHAFT 01/08



zeigt, dass der exponentielle Anstieg der privaten Geldvermögen auch durch Niedrig-, Null- oder Negativzinsen global nicht aufzuhalten ist. Die Oligarchen lassen von ihren Finanzmarktvasallen einfach andere Renditekonstruktionen erfinden.

Es wäre verhängnisvoll, diesen spätkapitalistischen Automatismus nicht zu sehen. Wer ihn ignoriert kann Ungleichverteilung und Niedergang niemals aufhalten. Mindestlohn, Mütterrente, Reichensteuer auf Einkommen sind zwar Minischritte in die richtige Richtung. Am dramatischen Anstieg der Ungleichverteilung ändern sie aber fast null. Wer also wie die deutschen Bischöfe glaubt, die steigende Ungleichverteilung „zersetze den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, muss sich mit der verhängnisvollen Auseinanderentwicklung dieser beiden Schicksalskurven beschäftigen, sie erforschen und muss ihnen entgegenwirken. Vor allem dem exponentiellen Anstieg der privaten Großvermögen. Und das geht nur noch durch massive Vermögens- und Erbschaftssteuern auf Großvermögen, möglichst begleitet von umfassenden Reformen von „Geldsystem“ und „Bodenrecht“ Ohne Verringerung dieser Oligarchenvermögen sind alle anderen Anstrengungen nichtig. Ohne sie sind Schuldenbremse und Verringerung der öffentlichen Verschuldung

nur Abwälzen auf Unternehmen und private Haushalte.

Diese Elementartatsache ist seit langem bekannt. Sie ist immer wieder beschrieben worden, u. a. von Kevin Phillips, Robert Reich, Paul Krugman oder Helmut Creutz. In Deutschland ist sie laufend und eindringlich in der „Humanen Wirtschaft“ dargestellt worden. Sinnfälliger als in meiner mehrfach publizierten Grafik „Reales BIP und Reale private Geldvermögen“ HW 01/2008 kann sie kaum dargestellt werden.^[6]

Anfang April ist nun ein französisches Buch in englischer Übersetzung erschienen, das diese Erkenntnisse mit einer schier überwältigenden Fülle von Datenmaterial bravourös belegt. Es ist das 2013 erschienene 640-Seiten-Opus des französischen Ökonomen Thomas Piketty „Capital au XXI siècle“. Piketty ist einer der international führenden Verteilungsforscher. Sein Buch soll 2015 auf Deutsch erscheinen. Seine nicht ganz neue Diagnose: Die Ungleichverteilung wächst vor allem deshalb so dramatisch, weil die privaten Vermögen schneller wachsen als das Sozialprodukt. Der gemeinhin äußerst gut informierte Mark Schieritz be-

6 u. a. in: ÖkologiePolitik 139/08, Arbeitswende 2013, HUMANE WIRTSCHAFT 02/14

schreibt das in der ZEIT vom 6. 03. 14 so: „Dabei ist ihm (Piketty) ein verblüffendes Muster aufgefallen: Über die Jahrhunderte hinweg haben sich die Vermögen stets schneller vermehrt als die Wirtschaftsleistung.“ Er hat wohl nicht regelmäßig die „Humane Wirtschaft“ gelesen, oder die Verlautbarungen zahlreicher NGOs wie Oxfam, attac, INWO oder occupy. Sonst wäre er über dieses „verblüffende Muster“ jetzt nicht so verblüfft.

Piketty zeigt darüber hinaus, wie wir uns zu einem Erbkapitalismus zurückentwickeln, in dem Herkunft und nicht Fähigkeiten über die soziale Stellung entscheiden. Die prozentual winzige Schicht der Oligarchen verteilt die lukrativen und einflussreichen Positionen unter sich. „Refeudalisierung“ nennt das Habermas. Auch Pikettys Therapieansätze sind nicht ganz neu: eine progressive Vermögenssteuer von 1 bis zu 10 % jährlich^[7]. Piketty führt aus, dass eine derart progressive Vermögens- und Erbschaftsteuer ursprünglich eine Erfindung Teddy Roosevelts und der Vereinigten Staaten war. Sie habe nach ihrer Einführung 1913 und 1916 die USA tatsächlich wieder aus der Plutokratie herausgeführt und die Demokratie vorübergehend gerettet. Danach lassen sich zwei grundsätzliche Szenarios denken: 1.) Viele neue Roosevelts führen die Staaten in die Demokratie zurück. 2.) Die neuen Oligarchen treiben die „Refeudalisierung“ bis in eine neue Art französischer Revolution, in der sie dann das gleiche Schicksal erleiden wie damals die alten.

7 ausführl. zur Vermögenssteuer: Verf.: „Was die da oben nicht begreifen“, HUMANE WIRTSCHAFT 02/2009

Stimmen zur Oligarchie

„Die Gefahr, in eine Oligarchie abzugleiten, ist real und gibt wenig Anlass zu Optimismus.“
Thomas Piketty: Capital au XXI siècle, Paris 2013

„The Republican Party seems committed to a nascent oligarchy.“ (Übers.: Die Partei der Republikaner ist mehr und mehr zu einer Oligarchie geworden.) und weiter: „But six of the ten wealthiest Americans are already heirs, rather than self-made entrepreneurs, and the children of today's economic elite start from a position of immense privilege“ (Übers.: Aber sechs von zehn der reichsten Amerikaner sind bereits Erben und nicht etwa Self-made-Unternehmer und die Kinder der heutigen Wirtschaftselite starten von einer Position immenser Privilegien aus)
Paul Krugman, New York Times, 28. 03. 2014

„Werden nun die Reichen zur Kasse gebeten? Nein. Nahezu alle Politiker der Regierungsparteien sind von Oligarchen abhängig. Die finanzieren ihre Wahlkämpfe und kontrollieren die Medien“
Andreas Albes über Griechenland, Stern, 13. 2. 2014

„Oligarchische Gazette. Weltwirtschaftsforum in Davos: In der neu gegründeten <World Post> schreiben die Oligarchen selber.“
Thomas Wagner, junge Welt, 21. 1. 2014

„Face of Science is Reshaped By Billionaires. As Tycoons Fund Pet Projects, Critics Fear Skewed Priorities“ (Übers.: Gesicht der Wissenschaft von Milliardären umgeformt. Während Tycoone ihre Lieblingsprojekte fördern, fürchten Kritiker falsche Prioritäten)
New York Times, 21. 3. 2014

Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus. Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

www.guenthermoewes.de

